



WELCOME2BW
Newsletter für Engagierte 11/18

Liebe Engagierte in der Flüchtlingsarbeit,

Sie erhalten heute den neuen Newsletter des Projektes „**Welcome2BW**“ mit Informationen, die für Sie als Engagierte in der Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg nützlich sind sowie Hinweise auf relevante Materialien, Veröffentlichungen und Veranstaltungen.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen!

Inhalt:

<u>1. Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg</u>	S. 2
<u>2. Flüchtlingspolitik und Herkunftsländer</u>	S. 3
<u>3. Materialien und Veröffentlichungen</u>	S. 3
<u>4. Veranstaltungshinweise</u>	S. 5
<u>5. Stellenausschreibungen</u>	S. 6
<u>6. Impressum</u>	S. 7

1. Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg

Ermessensduldungen für Ausbildungen zu Alten- bzw. Krankenpflegehelfer*innen und Einstiegsqualifizierungen

Ab dem 14. November kann Geduldeten für die Dauer der Helfer*innenausbildung zu Kranken- oder Altenpflegehelfer*innen durch die Ausländerbehörden eine Ermessensduldung erteilt werden, um anschließend eine qualifizierte Berufsausbildung zu Kranken- und Altenpfleger*innen aufzunehmen. Für diese qualifizierte Ausbildung wird dann eine Ausbildungsduldung erteilt. Voraussetzung dafür ist, dass die betreffende Person einen sich an die Helfer*innenausbildung anschließenden Vertrag über die Ausbildung als Kranken- oder Altenpfleger*in vorweisen kann. Die Ausschlussgründe entsprechen den Regelungen der regulären Ausbildungsduldung. Allerdings ist bei Abbruch der Helfer*innenausbildung kein Ausbildungsplatzwechsel möglich, die Duldung würde in diesem Fall erlöschen.

Ermessensduldungen können des Weiteren auch Geduldeten erteilt werden, die an einer Einstiegsqualifizierung zur Berufsausbildungsvorbereitung bei einem zugelassenen Ausbildungsbetrieb teilnehmen. Bedingung für die Erteilung der Ermessensduldung ist auch hier der Nachweis über eine anschließende qualifizierte Ausbildung in Form eines abgeschlossenen Vertrages.

- [Pressemitteilung Ministerium für Soziales und Integration, 17.11.2018](#)

Initiativen wehren sich gegen Stimmungsmache und Instrumentalisierung

Die Vergewaltigung einer jungen Frau in Freiburg durch mehrere Männer hat zwei Wochen nach der Tat bundesweite Aufmerksamkeit erlangt, nachdem bekannt geworden ist, dass mehrere der Tatverdächtigen Personen mit Fluchthintergrund sind. Daraufhin gab es am Montag in Freiburg eine Demonstration der AFD. Der Grüne Oberbürgermeister von Tübingen, Boris Palmer, hat gefordert "dass Polizei und Kommunen die Befugnis erhalten sollen, „gewaltbereite Asylbewerber“ in staatliche Landeseinrichtungen einzuweisen." Sowohl in Freiburg als auch in Tübingen haben sich Initiativen mit Stellungnahmen zum Thema zu Wort gemeldet.

Weiterlesen ...

Günter Jung mit Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet

Staatsrätin Gisela Erler hat Günter Jung aus Reutlingen das Bundesverdienstkreuz überreicht und seinen jahrzehntelangen Einsatz für soziale und gesellschaftliche Belange, insbesondere in der ehrenamtlichen Asyларbeit, gewürdigt. Günter Jung ist Mitbegründer des Reutlinger Asylcafés und auch langjähriges Mitglied im Flüchtlingsrat Baden-Württemberg.

Weiterlesen ...

2. Flüchtlingspolitik und Herkunftsländer

Zur Debatte um den "Migrationspakt"

Im Dezember sollte der "Global compact for safe, orderly and regular migration" (GCM), auch bekannt als "Migrationspakt", unterzeichnet werden. Dem ist ein zweijähriger Ausarbeitungsprozess vorausgegangen, der außerhalb der Fachwelt kaum Beachtung fand – nicht, weil irgendwas verheimlicht wurde, sondern weil das Thema vielen zu abstrakt und uninteressant erschien. Seit einigen Monaten haben die AfD und andere rechte Kräfte das Thema entdeckt und tun so, als hätten sie eine große Verschwörung aufgedeckt, die kurz davor war, im stillen Kämmerlein ein Abkommen zu schließen, das jedem Menschen auf der Welt das Recht gibt, sich dort niederzulassen, wo er oder sie möchte. Aufgrund der vielen Falschheiten, die die aktuelle Debatte bestimmen, weisen wir hier auf zwei Texte hin, die sich damit befassen, was der GCM ist – und was nicht.

- [Constantin Hruschka und Tim Rohmann: "Wer hat Angst vor einem globalen Pakt \(für Migration\)?!"](#)
- [Dana Schmalz: "Taschenspielertricks mit der Idee demokratischer Selbstbestimmung: Der AfD-Antrag zur Ablehnung des UN-Migrationspakts"](#)

Pro Asyl zum Syrien-Lagebericht des Auswärtigen Amtes: "entzieht absurder Rechtsprechung die Grundlage"

Anlässlich des neuen Lageberichts des Auswärtigen Amtes zur Situation in Syrien kritisiert PRO ASYL e.V. das BAMF und einen Teil der deutschen Verwaltungsgerichte. Diese vertreten oftmals den Standpunkt, das Vorgehen des Assad-Regimes habe nicht den Charakter einer gezielten politischen Verfolgungshandlung. Dementsprechend erhalten syrische Asylsuchende immer häufiger nur den subsidiären Schutz, die Flüchtlingseigenschaft wird jedoch nicht zuerkannt.

- [Pressemitteilung PRO ASYL e.V. 21.11.2018](#)

(Nicht-) Umsetzung des EuGH-Urteils zum Familiennachzug zu UMF regierungsintern umstritten

Bislang vertrat das Auswärtige Amt die Position, dass die in Bezug auf die Niederlande getroffene Entscheidung des EuGH zum Familiennachzug zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (nämlich, dass deren Minderjährigkeit zum Zeitpunkt der Asylantragstellung für den Nachzug maßgeblich sei) nicht auf Deutschland übertragbar sei.

Nun deutet einiges darauf hin, dass diese Position innerhalb der Bundesregierung umstritten ist.

Weiterlesen ...

BAMF überprüft Bescheide von abgelehnten Uigur*innen

Infolge der kürzlich vorgenommenen Überarbeitung seiner sogenannten Herkunftsländer-Leitsätze über die Volksrepublik China, hat das BAMF angekündigt, die Bescheide von abgelehnten Uigur*innen, die sich noch in Deutschland befinden, nochmals zu überprüfen. Dies betrifft laut Bundesamt weniger als zehn Personen.

Außerdem versucht die deutsche Botschaft in China seit Monaten vergeblich einen unrechtmäßig (sein Asylverfahren war noch nicht abgeschlossen) abgeschobenen Uigur*innen ausfindig zu machen.

- [Beitrag des Bayerischen Rundfunks \(8.11.2018\)](#)

3. Materialien und Veröffentlichungen

Mindeststandards zum Schutz von traumatisierten Geflüchteten in Flüchtlingsunterkünften

Die "Initiative zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften" vom Bundesfamilienministerium und UNICEF hat mit Beteiligung der BAfF e.V. ergänzend zu den "Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen Flüchtlingsunterkünften" einen Annex zur besonders vulnerablen Gruppe der Menschen mit Traumafolgestörungen veröffentlicht. Nachzulesen unter Annex 3:

Weiterlesen ...

Dokumentation der Tagung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

Am 10. November 2018 fand die Herbsttagung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg in Stuttgart statt. Nun ist die Dokumentation online verfügbar. Die meisten Referent*innen haben Präsentationen und Unterlagen zur Verfügung gestellt. Von zwei Vorträgen gibt es auch Video-Aufzeichnungen.

Weiterlesen ...

Kurz-Info Härtefallgesuch bei der Härtefallkommission des Landes BW

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg hat seine Kurzinfo zum Thema „Härtefallanträge“ aktualisiert.

- [Flüchtlingsrat BW: Kurz-Info Härtefallgesuch](#)

Leitfaden zu Jugendhilfeleistungen des SGB VIII

Der Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit München hat mit Unterstützung des BumF e.V. einen bundesweiten Handlungsleitfaden entwickelt, der sich insbesondere auch an die in diesem Bereich tätigen Sozialarbeiter*innen richtet und über die Ansprüche von minderjährigen Geflüchteten auf bestimmte Leistungen der Jugendhilfe aufklären. Auch für junge Volljährige (bis zum 21. Lebensjahr, im Einzelfall sogar bis zum 27. Lebensjahr) können Hilfen beantragt werden:

- [Handlungsleitfaden AKS](#)
- [Ergänzend eine Handreichung vom BumF e.V. und Unicef \(2017\).](#)
- [Arbeitshilfe vom BumF e.V. zu jungen Volljährigen](#)

AOK-Studie zum Gesundheitszustand von Menschen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak in Deutschland

Der Wissenschaftliche Dienst der AOK hat zwischen 2017 und 2018 mehr als 2000 Menschen mit Fluchterfahrung aus Syrien, dem Irak und Afghanistan zu ihrem Gesundheitszustand befragt. Die Studie ergab, dass die große Mehrheit dieser Menschen durch persönliche Gewalterfahrungen (wie Kriegserlebnisse, direkte Angriffe durch Militärs und andere Bewaffnete, Verschleppung oder Ermordung von Angehörigen/Nahestehenden, Folter, Lager oder Isolationshaft, Misshandlung, Vergewaltigung oder Zeugesein von Gewalt) traumatisiert ist. Bislang wird nur ein Bruchteil der Traumatisierten betreut.

- [Pressemitteilung des Wissenschaftlichen Instituts der AOK](#)
- [Studie des Wissenschaftlichen Instituts der AOK](#)
- [Artikel im Tagesspiegel](#)

Netzwerk IQ veröffentlicht Online-Lexikon

Das "Netzwerk IQ" (Integration durch Qualifizierung) hat ein neues Online-Lexikon zu den Themen Migration und Arbeitsmarkt veröffentlicht. Es beinhaltet über 120 Artikel, die von einem interdisziplinären Team verfasst wurden und sich mit unterschiedlichen Begriffen auseinandersetzen. Ergänzende Literaturhinweise bieten die Möglichkeit für weitere Nachforschungen.

- [Online-Lexikon: www.alex-iq.de](http://www.alex-iq.de)

Studie: Ein Drittel der Deutschen vertritt ausländerfeindliche Positionen

Die aktuelle Studie der Universität Leipzig zu autoritären und rechtsextremen Einstellungen kommt zu erschreckenden Ergebnissen: Mehr als ein Drittel der Deutschen hält die Bundesrepublik in gefährlichem Maße für überfremdet. Gravierend hoch ist die Abwertung von "Gruppen", die als "fremd" oder "abweichend" wahrgenommen werden wie Sinti und Roma, Asylbewerber und Muslimen.

- [Artikel in MIGANZIN \(Migration in Germany\)](#)
- [Zur Studie](#)

4. Veranstaltungshinweise

Seebrücke: "Karlsruhe zum sicheren Hafen machen"

Am Montag, 10. Dezember von 18 bis 21.30 Uhr im Tollhaus, Alter Schlachthof 35, 76131 Karlsruhe

Das Seebrücke-Bündnis veranstaltet einen Benefizabend zugunsten der zivilen Seenotrettung im Mittelmeer. Neben einem Kulturprogramm mit Livemusik von GALV, DJ Rookie und Tupumaro (Rap), Seán Treacy Band

(Rock/Pop/Folk), ElVira & The Soulicitors (Funk) sowie DJ Stean (Hiphop) werden Seenotrettungs-Organisationen über ihre Arbeit informieren. Auch der Flüchtlingsrat BW wird mit einem Infostand vor Ort sein.

- [Facebook-Veranstaltung](#)

Infoabend: Abgelehnt... und jetzt?

Am 13. Dezember um 18.30 Uhr bei der Diakonie Heidelberg, Karl-Ludwig-Straße 6, 69117 Heidelberg

Eine Ablehnung im Asylverfahren wirft viele Fragen auf: Soll gegen den Bescheid geklagt werden? Innerhalb welcher Zeit ist dies möglich? Und wie kann ein Rechtsbeistand bezahlt werden? Diese und weitere Fragen werden wir klären. Außerdem werden die Themen Abschiebung und Ausreise sowie verschiedene Möglichkeiten, von der Duldung zu einem Bleiberecht (u.a. Ausbildungsduldung und Härtefallantrag) zu kommen, erörtert.

Denkwerkstatt "Gemeinsam leben - aber wie?"

Am 15. Januar um 17 Uhr im Hospitalhof, Büchsenstraße 33, 70174 Stuttgart

Für ein friedliches Zusammenleben brauchen wir Verständnis füreinander. Dazu möchte diese Veranstaltung beitragen. Dabei soll Komplexes an diesem Abend in einem erzählerischen Stil und in verständlicher Sprache vorgetragen werden. Die Referentin, Mehrnouch Zaeri, war lange Zeit im Sprecher*innenrat des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg. Es wird begleitend zur Veranstaltung auch einen Informationsstand des Flüchtlingsrats geben.

- [Flyer](#)

5. Stellenausschreibungen

Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg: Projektleiter*in Stabstelle Diversity

Die Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e.V. sucht ab sofort eine/einen Projektleiterin/Projektleiter und Stabstelle Diversity mit einem Stellenumfang von 75% in unserer Geschäftsstelle in Stuttgart-West. Die Stelle ist zunächst befristet bis zum 31.12.2019. Für mehr Informationen folgen Sie bitte dem Link.

- [Ausschreibung](#)

Kubus e.V.: Buchhalter*in

Der Kubus e.V. sucht ab sofort eine/einen bilanzsichere Buchhalterin/ bilanzsicheren Buchhalter mit einem Stellenumfang von 50 - 100% in Stuttgart-West. Die Stelle ist zunächst bis zum 30.06.2020 befristet.

- [Ausschreibung](#)

6. Impressum

Projekt „Welcome2BW“

Der Newsletter wird im Rahmen des Projektes „Welcome2BW“ herausgegeben. Das Kooperationsprojekt „Welcome2BW“ will dazu beitragen, Asylsuchenden das Ankommen in Baden-Württemberg zu erleichtern und die Aufnahmebedingungen für geflüchtete Menschen konkret zu verbessern. Dazu haben sich der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, die Diakonischen Werke Breisgau-Hochschwarzwald, Lörrach, Freiburg und Ortenau sowie die Türkische Gemeinde Baden-Württemberg zu einem landesweiten Projektverbund zusammengeschlossen.

Unsere Angebote richten sich an Asylsuchende, an Flüchtlinge mit Bleiberecht sowie ehrenamtlich Engagierte in der Flüchtlingshilfe. Dieser Newsletter richtet sich schwerpunktmäßig an Hauptamtliche der Flüchtlingsarbeit.

Projektlaufzeit: Juli 2018 - Juni 2020

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und von der UNO-Flüchtlingshilfekofinanziert.

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Redaktionell verantwortlich: Seán McGinley, Stella Hofmann

Geschäftsstelle, Hauptstätter Str. 57 - 70178 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Web: www.fluechtlingsrat-bw.de

Gerne dürfen Sie diesen Newsletter an Kolleg*innen und andere Interessierte weiterleiten.

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.